

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Heidemarie Ehlert, Dr. Barbara Höll und der Fraktion der PDS

Übernahme von Auszubildenden in den Verwaltungsdienst

Im Rahmen des von der Bundesregierung verabschiedeten „Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“ sollen 100000 Jugendliche kurzfristig in Ausbildung und Beschäftigung gebracht werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ausgehend von dem Sofortprogramm, die Länder dahin gehend zu beeinflussen, daß in den Landesfinanzverwaltungen die Übernahme von Auszubildenden nicht auf 30 % begrenzt wird?
2. Inwieweit könnte durch eine gezielte Übernahme von Auszubildenden im Bereich der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung ein Teil der benötigten Lohnkosten durch die damit möglichen verstärkten Kontrollen kompensiert werden?

Bonn, den 24. März 1999

Heidemarie Ehlert
Dr. Barbara Höll
Dr. Gregor Gysi und Fraktion